

5.4

## Zur geistlichen Gerichtsbarkeit in der Diözese Sitten im Mittelalter

Von Dr. Louis Carlen

Diese Arbeit gibt einen Grundriß der kirchlichen Gerichtsorganisation in der Diözese Sitten von den belegbaren Anfängen bis ins beginnende 16. Jahrhundert. Es handelt sich um die knappe Darlegung erster Ergebnisse, eine umfangreichere Darstellung hoffen wir, später zu veröffentlichen. Behandelt wird nur der Aufbau der kirchlichen Gerichtsbarkeit, nicht aber das Verfahrensrecht.

Die Arbeit fußt vor allem auf ungedrucktem Quellenmaterial des Valeria-Archivs in Sitten<sup>1)</sup> und auf den acht Bänden der von Jean Gremaud publizierten »Documents relatifs à l'histoire du Vallais«<sup>2)</sup>.

### I.

Erster Richter in der Diözese war der *Bischof*. Er ist iudex ordinarius, der nicht nur die unteren Rich-

<sup>1)</sup> Das reiche *Archiv des Domkapitels von Sitten* auf Valeria wurde nun unter der Leitung von H. H. Domdekan Prof. Dr. Clemens Schnyder ins Erdgeschoß des Domherrenhauses nach Sitten verbracht und erhält in einem Neubau neben der Kathedrale einen neuen Platz. — Das *Bischöfliche Archiv* im Bischofspalais ist für die von uns behandelte Zeitperiode unergiebig. Die Abteilung über das Offizialat beginnt erst 1467 und enthält für das 15. Jahrhundert bloß zwei Urkunden.

<sup>2)</sup> Mémoires et documents publiés par la Société d'histoire de la Suisse Romande, Lausanne 1875—1898, t. XXIX—XXXIII, XXXVII—XXXIX. Im folgenden zitiert: *Gr.*

ter ernannt, sondern auch Berufungsinstanz für die Gerichte unterer Stufe ist.

Seine sachliche Zuständigkeit<sup>3)</sup> umfaßt, soweit sie nicht von den unteren Richtern ausgeübt wird, die *causae spirituales* (Ehesachen, Benefizialgüter, Benefizien, kirchliche Ämter usw.) und die *causae spiritualibus annexae* (insbesondere Verlöbniß, Patronatsachen, Streitigkeiten aus dem ehelichen Güterrecht und Erbschaft, eheliche und uneheliche Geburt, Alimentationsansprüche, Zehnt- und Testamentssachen, Ansprüche aus Gelübden, alle durch Eid bekräftigten Verträge); Streitigkeiten, bei denen eine Partei die andere beschuldigt, eine sündhafte Tat gesetzt zu haben, *ratione peccati*, können ebenfalls vor das kirchliche Gericht gebracht werden.

In sachlicher und persönlicher Hinsicht gehörten alle sog. kirchlichen Verbrechen (*crimina ecclesiastica*) vor das kirchliche Gericht<sup>4)</sup>. Auf Grund des *privilegium fori* erstreckte sich in der Zivilgerichtsbarkeit die persönliche Zuständigkeit auf alle Kleriker in allen Rechtssachen<sup>5)</sup>.

Da sich in der Hand des Fürstbischofs von Sitten Krummstab und Schwert vereinigten, er also als Landesherr auch landesherrliche Gerichtsgewalt besaß, läßt sich die Kompetenzausscheidung in Sitten für das Mittelalter weniger scharf ziehen<sup>6)</sup>.

Der Bischof war Berufungsinstanz für die kirchlichen Gerichte der untersten Stufe. Gegen den

<sup>3)</sup> Vgl. dazu *P. Fournier*, *Les officialités au moyen âge*, Paris 1880, S. X ff.

<sup>4)</sup> Z. B. fällte Bischof Walter am 4. Januar 1467 den Spruch, daß die der Häresie beschuldigte Franzisca, Witwe des Johann Bonvini von Lens, immer katholisch war und nie dem Aberglauben anhing (*Bischöfliches Archiv Sitten*, Lade 214, Nr. 2).

<sup>5)</sup> Auch die Kreuzfahrer unterstanden der geistlichen Gerichtsbarkeit. Vgl. *L. Carlen*, *Das Wallis und die Kreuzzüge*, Walliser Jahrbuch 27 (1958), S. 21 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. dazu auch *A. Heusler*, *Rechtsquellen des Cantons Wallis*, Basel 1890, Nr. 20.

Spruch des Bischofs konnte an die römischen Gerichte<sup>7)</sup> oder an das Metropolitangericht des Erzbischofs von Tarantaise, zu dessen Metropolitanverband das Bistum Sitten bis 1510 gehörte, appelliert werden.

Papst Innozenz IV. (1243—1254) forderte ausdrücklich, daß Urteile, die von bischöflichen Offizialen ergangen waren, nicht beim Bischof, sondern beim Metropolitangericht in zweiter Instanz zu entscheiden seien<sup>8)</sup>. Gleichwohl aber wurden in der Diözese Sitten in der Regel die Urteile des Offizials weiterhin an den Bischof von Sitten weitergezogen; doch ist auch der direkte Weiterzug nach Tarantaise belegt<sup>9)</sup>. Dagegen war der Weiterzug bischöflicher Urteile oder überhaupt die Umgehung der Diözesangerichte häufiger<sup>10)</sup>, wie ja überhaupt auch in der alten Eidgenossenschaft seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts nicht selten über das Gericht des Bischofs auswärts, meist an päpstliche Legate appelliert wurde<sup>11)</sup>, bis dann der Pfaffenbrief die Verordnungen zur Abwehr der fremden geistlichen Gerichtsbarkeit einleitete<sup>12)</sup>.

Der häufige Weiterzug von Urteilen des Tribunals von Sitten nach Tarantaise wirkte auf die Dauer zersetzend auf die Rechtsprechung in der Diözese Sitten und in der Landschaft Wallis, besonders weil

<sup>7)</sup> Archiv Valeria, Tir. 9, Nr. 10; Gr. IV Nr. 1853 f., 1966, V Nrn. 1980, 2006, 2027, VII Nrn. 2747, 2720, 2717.

<sup>8)</sup> W. M. Plöchl, Geschichte des Kirchenrechts, II, Wien 1955, S. 310. Vgl. auch C I C can. 1594.

<sup>9)</sup> Z. B. wird ein wegen Ehebruch erlassenes Urteil des Sittener Offizials Wilhelm de Palato, anscheinend wegen Verfahrensmängeln, nach Tarantaise weitergezogen (Archiv Valeria, Min. 10, p. 13).

<sup>10)</sup> Archiv Valeria, Tir. 9, Nrn. 2, 3 und 24.

<sup>11)</sup> B. Meyer, Die Sorge für den Landfrieden im Gebiete der werdenden Eidgenossenschaft, Diss. Zürich 1935, S. 8.

<sup>12)</sup> E. Schurter / H. Fritzsche, Das Zivilprozeßrecht des Bundes, I, Zürich 1924, S. 24 ff.; J. Schürmann, Studien über den eidgenössischen Pfaffenbrief (= Beihefte zur Zeitschrift für Schweizer Kirchengeschichte 6), Freiburg 1948, S. 13, 96 ff., 153.

sie nicht immer kirchlichen, sondern auch politischen Interessen diene, und sich der Erzbischof, ein gefügiges Werkzeug Frankreichs, dazu hergab, den Klagen und Berufungen aus der Diözese Sitten williges Gehör zu schenken<sup>13)</sup>. Bischof Matthäus Schiner hat hier energisch eingegriffen und im August 1510 einen Landratsbeschluß erwirkt, der kategorisch jeden Weiterzug einer Rechtssache vor das Tribunal von Tarantaise und ins Ausland verbietet und darauf Strafe an Leib und Gut setzt<sup>14)</sup>. Noch im gleichen Jahre gelang es Schiner, vom Heiligen Stuhl die Abtrennung seiner Diözese von Tarantaise zu erwirken, was durch Bulle vom 6. Juli 1513 bestätigt wurde<sup>15)</sup>. Um aber auch die Einmischung Roms zu verhindern, erließ der Landrat später mehrmals Verbote gegen das Rechtsuchen außer Landes<sup>16)</sup>. Der Weihnachtslandrat von 1554 machte die Einschränkung, daß die von Rom zu erlangenden Ehedispensen von diesem Verbot ausgenommen seien<sup>17)</sup>. Auch im Zendenrecht lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen<sup>18)</sup>.

## II.

Im Mittelalter war das Bistum Sitten in zwei Archidiaconatssprengel geteilt. Wann diese Aufteilung erfolgte, ist nicht bekannt. »Archidiaconus« nennt sich erstmals 1216 der Dekan von Sitten, Willencus

<sup>13)</sup> A. Büchi, Kardinal Matthäus Schiner als Staatsmann und Kirchenfürst, I, Zürich 1923, S. 269 f.

<sup>14)</sup> D. Imesch, Die Walliser Landrats-Abschiede, I, Brig 1916, Nr. 48 b, S. 155 f.; vgl. auch Heusler, a. a. O., Nr. 17, Art. VII.

<sup>15)</sup> A. Büchi, Korrespondenzen und Akten zur Geschichte des Kardinals Matthäus Schiner, I, Basel 1920 (= Quellen zur Schweiz. Geschichte, N. F., Abt. II, Bd. 2), Nr. 311.

<sup>16)</sup> L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, Freiburg 1955, S. 75, 100; J. Bacher, Evolution de la législation matrimoniale dans le Valais épiscopale, Thèse Fribourg 1957, S. 117 f.

<sup>17)</sup> Burger-Archiv Sitten, 204/3, p. 959.

<sup>18)</sup> Pfarr-Archiv Ernen, A 87.



von Ventona<sup>19)</sup>. Doch dürfte die Zerlegung in Archidiakonate weiter zurückgehen, da vom 11. Jahrhundert an die schon vom 9. Jahrhundert an vereinzelt vorkommende Teilung der Diözesen in zwei oder mehrere Archidiakonatssprengel zur selbstverständlichen Gepflogenheit wurde.

Das obere (östliche) Archidiakonat umfaßte die Pfarreien von Sitten aufwärts und unterstand dem Dekan von Sitten, der 1283 auch als »decanus Theutonicorum« bezeichnet wird<sup>20)</sup>. Zum unteren (westlichen) Archidiakonat, dem der Dekan von Valeria vorstand, gehörte Sitten selbst und die Pfarreien von Sitten abwärts bis hinunter an die Eaufroide, den Genfersee und die Morge bei St. Gingolph<sup>21)</sup>.

Die beiden Dekane übten in ihren Archidiakonatssprengeln eine weitgehende Gerichtsbarkeit aus.

Welches war nun deren Inhalt? Der Ledigspruch, den der Dekan von Valeria 1357 dem Perrodus von Martinach erteilte, der für ihn im unteren Archidiakonat die Gerichtsbarkeit verwaltet hatte, gibt darauf eine Antwort. Danach hatte der Dekan auszuüben »visitacionem, correctionem omnium curatorum et personarum ecclesiasticarum ceterorumque omnium in nostro decanatu existencium, atque etiam potestatem plenariam exigendi banna penesque pecuniarias nobis competentes pro quibuscum excessibus a quibuscumque personis commissis jure vel consuetudine nobis debitis«<sup>22)</sup>.

<sup>19)</sup> Gr. I, Nr. 252. Ueber die Schwierigkeiten, die Zerlegung in Archidiakonate für die Diözesen Konstanz und Straßburg zu datieren, vgl. *E. Isele*, Die Säkularisation des Bistums Konstanz und die Reorganisation des Bistums Basel (= Freiburger Veröffentlichungen aus dem Gebiete von Kirche und Staat, 3), Basel/Freiburg 1933, S. 34. In Chur erscheint 1237 erstmals ein Archidiakon (*Mohr*, Codex diplomaticus, I, Chur 1848, S. 213). Vgl. auch *H. E. Feine*, Kirchliche Rechtsgeschichte, I, Weimar 1954, S. 180 ff., 325.

<sup>20)</sup> Gr. II, Nr. 919.

<sup>21)</sup> *D. Imesch*, Die Würden und Würdenträger des Domkapitels von Sitten, Blätter aus der Walliser Geschichte VIII (1938), S. 331 ff.

<sup>22)</sup> *Archiv Valeria*, Nr. 6443.

Der Dekan hatte also neben der Visitation des Sprengels auch die volle Strafgewalt in seinem Amtsbezirk, wobei mit der Gewalt zu strafen die Gewalt zu richten verbunden war. Der Dekan durfte jedoch nicht auf Pfründenentziehung und Absetzung der Geistlichen, sondern nur auf Geldbußen, Suspension und Exkommunikation erkennen<sup>23</sup>).

Eine Urkunde von 1377 bezeichnet das Gericht des Dekans als »curia spiritualis<sup>24</sup>).

1434 sagt der Bischof, daß er dem Dekan »investituram jurisdictionis correctionis et visitationis« als Lehen verleihe, was aber vom Dekan bestritten wird<sup>25</sup>), was zeigt, daß die Dekane ihre Jurisdiktion nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich als ordentliche Amtsgewalt betrachteten. Im 14. Jahrhundert findet sich in Sitten mehrfach die Uebertragung der genannten Gewalten durch den Bischof auf den Dekan in Form der Lehensverträge<sup>26</sup>).

In den Synodalstatuten der Bischöfe Landrich von Mont (ca. 1219) und Bonifaz von Challant (ca. 1300) wird dem Klerus ausdrücklich vorgeschrieben, sich für jedes Vergehen dem Urteilspruch des Bischofs und seines Dekans zu unterziehen, unter Androhung von Strafe von 60 Schilling und Exkommunikation<sup>27</sup>).

Die Gerichtsbarkeit des Dekans wird also hier offiziell anerkannt; ihre Mißachtung findet in der Exkommunikation und im Königsbann von 60 Schilling die höchste Strafe<sup>28</sup>).

Die Dekane wurden manchmal durch Statthalter vertreten und waren durch Notare und andere Beamte verbeiständet<sup>29</sup>).

<sup>23</sup>) A. a. O., Nr. 6495.

<sup>24</sup>) Gr. VI, Nr. 2242.

<sup>25</sup>) Gr. VI, Nr. 2834.

<sup>26</sup>) Gr. IV, Nr. 1770; V, Nr. 2242; VI, Nr. 2842.

<sup>27</sup>) Gr. I, Nr. 282; III, Nr. 1154.

<sup>28</sup>) Vgl. zur Höchstbuße von 60 Schilling im alten Wallis L. Carlen, Der Hausfriedensbruch im Walliser Recht, im Walliser Jahrbuch XXII (1953), S. 43.

<sup>29</sup>) Imesch, a. a. O., S. 344; Gr. IV, Nr. 1928: »coram nobis vel nunciis nostris in synodo de Leuca . . .«

Der Dekan des oberen Archidiakonates hielt sein Gericht vor der alten St. Theodulskirche zu Sitten, der des unteren in St. Maurice »auf einer niederen Bank auf der Seite gegen Martinach« unter einem Baume vor dem Pfarrhause, oder bei schlechter Witterung in der Kirche U. lb. F. von Subburgo in St. Maurice, in Sachen, welche die Pfarrei St. Maurice betrafen, vor der Kirche des hl. Sigismund<sup>30)</sup>.

Daneben aber urteilten die Dekane auch in den regelmäßigen Sendgerichten (Synodales)<sup>31)</sup>, die in ihren Händen waren und von ihnen als nutzbare Gerechtsame ausgebeutet wurden. Durch Läufer wurde dem Pfarrer und seinen Pfarrgenossen der Tag des Sendgerichtes mitgeteilt. Die Männer, die innert dem Pfarrsprengel eigene Haushaltung führten, hatten daran teilzunehmen.

Beim Sendgericht erforschte der Dekan die sittlichen Verhältnisse der Pfarrei oder der Pfarreien; dabei waren Klerus und Laien zu Zeugschaft verpflichtet<sup>32)</sup>. Wer dem Sendgericht nicht beiwohnte oder gegen seine Regeln verstieß, verfiel einem Bann von 2 Gross oder 3 Schilling<sup>33)</sup>.

Der Dekan fällte seine Urteile aus, die in schriftlicher Urkunde ausgefertigt wurden, wie das das kanonische Recht verlangte<sup>34)</sup>. Die ausgefällten Strafen lasteten meist auf Ehedelikten, Verstößen gegen das kirchliche Zinsverbot, Vergehen gegen die Synodalstatuten und Pfarreiverwaltung und schwankten je nach der Schwere des Falles und den Vermögensver-

<sup>30)</sup> A. a. O., S. 345. Vgl. L. Blondel, La chapelle Notre-Dame Sous-le-Bourg à St. Maurice, Vallesia VIII (1953), S. 5 ff.

<sup>31)</sup> Zum Ausdruck »synodales« vgl. F. Gescher, Synodales, Studien zur kirchlichen Gerichtsverfassung und zum deutschen Ständewesen des Mittelalters, Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch., Bd. 60, kan. Abt. 1940, S. 402 f.

<sup>32)</sup> Vgl. A. M. Koeniger, Die Sendgerichte in Deutschland, I, München 1907; Art. »Send«, Lexikon für Theologie und Kirche, 9<sup>2</sup> (1937), Sp. 456 f.

<sup>33)</sup> Imesch, a. a. O., S. 347 ff. und dort zitierte Belege.

<sup>34)</sup> Vgl. E. Jacob, Der Prozeß im Decretum Gratiani und bei den ältesten Dekretisten, Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch., Bd. 34 (1913), kan. Abt., S. 314.

hältnissen des Verurteilten zwischen 3 Schilling und einem Gulden. Zum Teil war das Gericht an die Bußenskalen in den Synodalstatuten gebunden; so setzten z. B. die Statuten von 1347 auf Blasphemie 5 Schilling Buße<sup>35</sup>).

Nach einem Weistum über Walliser Gewohnheitsrecht aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts durfte das Sendgericht, das als Synode bezeichnet wurde, nicht länger als zwei Tage dauern und hatte vor allem in Ehefällen, Zehntstreitigkeiten »et aliis causis ad spiritualitatem spectantibus« zu urteilen<sup>36</sup>).

Die Dekane vereinigten also in ihrer Hand eine nicht unbedeutende Macht, die mit der des Bischofs rivalisierte. Es ist daher natürlich, daß dieser Druck bald einen Gegendruck auslöste. Die Bischöfe Aimo von Turm (1323—1338), Humbert von Billens (1388 bis 1392), Andreas von Gualdo (1418—1437) und Jost von Silenen (1482—1496) versuchten Einbrüche in die Gewalt der Dekane<sup>37</sup>). Bischof Gualdo<sup>38</sup>) ging sogar soweit, daß er um 1424 in öffentlichem Mandat dem Klerus des ganzen Landes unter schwerer Strafe verbot, Erlasse der Dekane und ihrer Gerichtshöfe entgegenzunehmen und auszuführen<sup>39</sup>). Der Bischof stieß jedoch auf harten Widerstand, da sich das Kapitel hinter die Dekane stellte. Nach einer Beschwerde des Kapitels beim Metropolit von Tarentaise sah sich Bischof Gualdo, was den Dekan von Valeria anbetraf, zum Rückzug gezwungen; der Bi-

<sup>35</sup>) Gr. IV, Nr. 1976. Vgl. L. Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, Freiburg 1955, S. 89 ff.

<sup>36</sup>) Heusler, a. a. O., Nr. 17. Zehntstreitigkeiten wurden im benachbarten bernischen Gebiet, aber auch in der Luzernischen Landschaft vor allem durch die sog. Kirchen- oder Kanzelgerichte abgeurteilt, die sich aus der Gesamtheit oder einem Ausschuß der Kirchgenossen unter dem Vorsitz des jeweiligen Pfarrers zusammensetzten (R. Gmür, Der Zehnt im alten Bern, Bern 1954, S. 181 f.; Ph. A. v. Segesser, Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern, Luzern 1851 ff., II, S. 820 ff.). Dem Wallis sind solche Gerichte unbekannt.

<sup>37</sup>) Vgl. Imesch, a. a. O., S. 359 ff., 363 f.

<sup>38</sup>) H. Bellwald, Erzbischof Andreas Benzi von Gualdo, Diss. Freiburg, Gossau 1957.

<sup>39</sup>) Gr. VII, Nr. 2753.

schof erklärte, daß alle dessen Gerichtsbarkeit geschützt und zu achten sei<sup>40)</sup>.

Diese Auseinandersetzungen aber untergruben mit der Zeit doch die Macht der Dekane. Wohl wird im Landrecht von 1446 der Dekan noch als Gerichtsherr aufgezählt, ohne daß aber seine speziellen Kompetenzen erwähnt werden, auch wird er erst nach dem Bischof, Offizial und iudex generalis genannt<sup>41)</sup>. Das Landrecht von 1475 bezeichnet unter den ordentlichen geistlichen Richtern des Bischofs von Sitten als ersten Richter den Vikar des Bischofs und als zweiten den Offizial. Daneben bestehe für geringere Fälle je ein Gericht des Dekans von Sitten und von Valeria, die als Untergeordnete der Vikare und Offiziale die geistliche Gerichtsbarkeit ausüben<sup>42)</sup>.

Es scheint, daß zu Ende des 15. Jahrhunderts die Macht der Dekane endgültig gebrochen wurde, also schon bevor das Tridentinum diese einschränkte<sup>43)</sup>.

Die schärfste Konkurrenz entstand der Gerichtsbarkeit der Dekane durch das Aufkommen der Ämter der Offiziale und Generalvikare, die schließlich die Gerichtsbarkeit der Dekane ganz verdrängten. Da in zunehmendem Maße als Offiziale und Generalvikare juristisch vorgebildete Männer amtierten, die den kanonischen Prozeß in der Diözese Sitten zur Ausbildung brachten, vermochten die Gerichte der Dekane mit der Entwicklung nicht Schritt zu halten und büßten an Ansehen ein. Von den acht bekannten Offizialen der Zeit von 1271 bis 1350 hat einer, Niko-

<sup>40)</sup> *Archiv Valeria, Sitten*, Nr. 6494.

<sup>41)</sup> Art. 1: De citatione . . . evocare coram domino nostro Sedunensis eius officiali, iudice generali, decano aut aliquo iudice spirituali« (*Heusler*, a. a. O., Nr. 18); vgl. auch Art. 40.

<sup>42)</sup> I. Teil, Art. 8 (ed. W. A. Liebeskind, Bischof Walters II. Auf der Flüe Landrecht der Landschaft Wallis und Gerichtsordnung, Leipzig 1930, S. 21).

<sup>43)</sup> Vgl. Trid. sess. XXIV, de reform. c. 3 (bei *Richter-Schulte*, Leipzig 1853, S. 330 f.); sess. ead. de ref. c. 20 (a. a. O., S. 388); sess. XXV de ref. c. 14 u. 3 (a. a. O., S. 464 u. 439); sess. XXIV de ref. c. 12 (a. a. O., S. 348).

laus de Clarens, an der Juristenuniversität Bologna studiert, von drei anderen, dem Waadtländer Jean Giroud, Doktor des Zivilrechts und professor legum, Magister Raymundus und Jakob von Billens, wird das vermutet<sup>44</sup>). Treffen wir im 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts auch unter den Dekanen juristisch gebildete Männer<sup>45</sup>), ist das in der späteren Zeit weniger der Fall, während hingegen unter den Offizialen meist Juristen sind, die einen akademischen Grad haben<sup>46</sup>).

Es ist feststellbar, wie gerade das Gericht des Offiziäls in Sitten dem römisch-kanonischen Prozeßrecht zum Durchbruch verhalf, dessen Rezeption unter dem Episkopat Aimo IV. von Châtillon (1308 bis 1323) vollendet war<sup>47</sup>).

Bischöfliche Reservationen, Konventionen und die Ausweitung der Macht des Kapitels trugen zum Niedergang der Macht der Dekane bei<sup>48</sup>), die sich in Sit-

<sup>44</sup>) S. Stelling-Michaud, L'université de Bologne et la pénétration des droits romain et canonique en Suisse aux XIIIe et XIVe siècles, Genève 1955, S. 220.

<sup>45</sup>) A. a. O., S. 112 f., 134, 81.

<sup>46</sup>) Z. B. 1417 Johannes Münch, lic. in legibus (Gr. VII, Nr. 2656), 1422 Jakob de Cresco, lic. in legibus (a. a. O., Nr. 2720), 1455 Leonard Praepositi, in decretis baccalaureus (D. Imesch, Das Domkapitel von Sitten zur Zeit des Kardinals M. Schiner, Blätter aus der Walliser Geschichte VI (1921), S. 110), 1472 Claudis Brunner, lic. juris utr. (a. a. O., S. 58); 1485 Joh. Manz, Dr. iur. (a. a. O., S. 104), 1517 Walter Sterren, Dr. iur. (a. a. O., S. 121).

<sup>47</sup>) Wir hoffen, in einer umfangreicheren Arbeit auf Einzelheiten des Verfahrens eintreten zu können. Vorläufig sei verwiesen auf S. Stelling-Michaud, a. a. O., S. 215; S. Stelling-Michaud, Les étudiants valaisans à Bologne et la réception du droit romain dans le diocèse de Sion, Vallesia VI (1951), S. 64 f.. Zu den prozeßrechtlichen Manuskripten vgl. S. Stelling-Michaud, Catalogue des manuscrits juridiques de la fin du XIIe au XIVe siècle conservés en Suisse, Genève 1954, Nrn. 118, 121, 122.

<sup>48</sup>) Vgl. dazu E. Baumgartner, Geschichte und Recht des Archidiakonats der Oberrheinischen Bistümer mit Ausschluß von Mainz und Würzburg (Kirchenrechtl. Abhandlungen, hsg. von U. Stutz, H. 39), Stuttgart 1907, S. 28 ff., 60 ff., 78 ff., 88 ff., 120 ff., 216 ff.

ten weniger lange hielt als die der Archidiakone in einzelnen deutschen Diözesen, wie etwa in der Erzdiözese Köln oder in einzelnen sächsischen Bistümern<sup>49)</sup>. Immerhin darf auch für das Wallis gesagt werden, daß der Kampf der Bischöfe gegen die beiden Dekane mit dem Kampf um die Gerichtsreform zusammenging.

### III.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Aemter der Generalvikare und Offiziale von Sitten ihre Existenz ausschließlich dem Kampfe der Bischöfe gegen die Dekane verdanken, da dieser Kampf erst richtig einsetzt, als die Aemter des Generalvikars und Offizials in Sitten bereits bestanden. Dann wurden sie freilich ein brauchbares Mittel in der Bewegung gegen die Dekane und trugen zum Erstarken der bischöflichen Gewalt bei, wie das deutlich aus dem bereits zitierten Landrecht Bischof Walters II. Auf der Flüe (1475) hervorgeht.

Dazu waren die *Offiziale* in der Regel nicht sehr lange im Amte, d. h. sie waren absetzbare Beamte und konnten daher nicht der Verdinglichung und Benefizialisierung so vieler Beamter der Feudalzeit verfallen<sup>50)</sup>. Mit dem Tode des Bischofs hörte ihr Amt auf.

*kanon. choir*

<sup>49)</sup> J. Löhr, Die Verwaltung des kölnischen Großarchidiaconates Xanten am Ausgange des Mittelalters (Kirchenrechtl. Abhandlungen, H. 59/60), Stuttgart 1909, S. 54 ff.; N. Hilling, Die Halberstädter Archidiaconate, Lingen 1902, S. 81 ff. u. 140 ff.; F. Curschmann, Die Diözese Brandenburg, Leipzig 1906, S. 276; U. Stutz, Geschichte des Kirchenrechts, Berlin 1913<sup>2</sup>, S. 351.

<sup>50)</sup> Im 13. Jahrhundert treffen wir in Sitten durchschnittliche Amtszeiten der Offiziale von 1, 2, 4 Jahren, im 14. Jahrhundert von 1, 2, 6, 9, 16 Jahren, im 15. Jahrhundert von 3, 4, 10 Jahren.

Die beiden neuen Amtstypen verdanken ihr Entstehen wohl dem Bedürfnis der sich differenzierenden Diözesanregierung. Sie machte die Errichtung neuer Ämter und deren Betreuung durch rechtskundige Beamte nötig.

Nicht nur die Strafvergehen gegen Geistliche gelangten vor das *forum ecclesiasticum*, sondern auch Zivilstreitigkeiten, bei denen eine Partei dem geistlichen Stand angehörte. Die Kirche übte auch bei allen Delikten gegen den Glauben, bei Zauberei, Meineid, Wucher, Ehebruch und Sittlichkeitsvergehen die Strafgerichtsbarkeit aus<sup>51</sup>). Das bedingte eine starke Belastung des geistlichen Gerichts. Im 12. und 13. Jahrhundert nahm auch die Zahl der kirchlichen Stiftungen mit all ihren wirtschaftlichen Grundlagen stark zu<sup>52</sup>). Damit wurden aber auch die Streitigkeiten um diese wirtschaftlichen Grundlagen zahlreicher.

Dazu kam, daß der Bischof von Sitten auch weltlicher Landesherr war mit all den Aufgaben, welche die Regierung des Landes mit sich brachte. Dabei ist auch im Bereiche der weltlichen Gerichtsbarkeit unter savoyischem Einfluß seit dem 13. Jahrhundert die Tendenz zu besserer Durchorganisation des Gerichtswesens<sup>53</sup>).

Erstmals wird der Offizial von Sitten in einer Urkunde vom 13. Juli 1248 genannt<sup>54</sup>), also ungefähr in

<sup>51</sup>) P. Hinschius, Kirchenrecht, V, S. 76 ff. u. 311 ff.

<sup>52</sup>) E. Gruber, Die Stiftungsheiligen der Diözese Sitten im Mittelalter, Diss. Freiburg 1932, S. 27 ff.; J.-E. Tamini / P. Delèze, *Nouvel essai de Vallesia christiana*, St-Maurice 1940, S. 337; D. Imesch, Die Gründung der Pfarreien, Pfründen und frommen Stiftungen des Oberwallis, Blätter a. d. Walliser Gesch. III, S. 247 ff.; J. Lauber, Oberwalliser Jahrzeitstiftungen im 13. bis 16. Jahrhundert, a. a. O. VIII, S. 397 ff.

<sup>53</sup>) V. Van Berchem, Guichard Tavel, évêque de Sion (1342—1375), Jahrbuch f. Schweizer. Gesch. XXIV (1899), S. 108; L. Carlen, Die Gerichtsbarkeit des Bischofs von Sitten im Goms, Zeitschr. f. Schweizer. Kirchengeschichte 51 (1957), S. 140.

<sup>54</sup>) Gr. I, Nr. 515.



der gleichen Zeitperiode, da die ersten Offiziale der Bischöfe von Genf (1250), Basel (1252), Lausanne (1260), Chur (1273)<sup>55)</sup> und Konstanz (1256)<sup>56)</sup> erscheinen, um bei den Nachbarbistümern zu bleiben. Darauf hinzuweisen ist, daß Innozenz IV. am 18. März 1256 die berühmte Konstitution »Romana ecclesia« erlassen hatte, die Begriff und Recht eines Offizials erläutert und erklärt, daß dieser des Bischofs Stellvertreter im Gericht ist, mit allgemeiner Vollmacht, alle Fälle zu entscheiden, die in die Kompetenz des geistlichen Gerichtes fallen, außer wenn der Bischof sich eine Frage besonders vorbehält<sup>57)</sup>. *Se relever*

Als erster namentlich erwähnter Offizial des Bistums Sitten ist bis heute bekannt der Sittener Domherr Nanco, der am 20. Juni 1271 ein Urteil ausfällt über die Güter, die Anselm, der Pfarrer von St. German, dem Kapitel von Sitten testiert hatte<sup>58)</sup>.

Dieses Urteil sagt nichts davon, daß Nanco im Auftrage des Bischofs, also mit delegierter Gewalt Recht spricht. So kann nur einer entscheiden, der von Amtes wegen richterliche Befugnis hat, der mit *iurisdic-tio ordinaria*<sup>59)</sup> handelt. Der vorher bloß einmal vorkommende Titel »officialis curie Sedunensis« wird nicht näher erklärt. Es wird also vorausgesetzt, daß jeder weiß, was darunter zu verstehen ist, nämlich jener Beamte der bischöflichen Kurie, der in der Diözese Recht spricht<sup>60)</sup>. Leider ist das Siegel der Urkunde nicht mehr erhalten. Nanco sagt aber, daß er mit »sigillum nostrum« siegelt, womit das persönliche Siegel Nancos, nicht das des Offizialats gemeint

<sup>55)</sup> *Stelling-Michaud*, L'université de Bologne, S. 215, 218 f., 222.

<sup>56)</sup> *T. Gottlob*, Die Offiziale des Bistums Konstanz im Mittelalter, Zeitschr. f. Schweizer. Kirchengeschichte XLII (1948), S. 134. Ungefähr zur gleichen Zeit auch in den rheinischen Diözesen, vgl. *Feine*, a. a. O., I, S. 327.

<sup>57)</sup> c. 3. in VI o 2, 15. Vgl. *E. Fournier*, L'origine de la curie dioecésaine, Paris, 1940, S. 87.

<sup>58)</sup> Gr. II, Nr. 774.

<sup>59)</sup> Die nicht wie die des Bischofs eine »propria«, sondern eine »vicaria« ist.

<sup>60)</sup> Vgl. dazu *Gottlob*, a. a. O., S. 134.

sein kann<sup>61)</sup>), oder fühlte sich Nanco so sehr als Inhaber des Offizialats, daß er dessen Siegel sein Siegel nennt, wie das 1259 der Offizial von Konstanz tut<sup>62)</sup>? Die Urkunde von 1248, die erstmals den Offizial erwähnt, ist mit dem »sigillum curie Sedunensis« gesiegelt.

Nennt sich Nanco am 20. Juni 1271 einfachhin »officialis curie Sedunensis«, wird sein Nachfolger Magister Raymundus am 11. November 1271 als »officialis episcopi« benannt<sup>63)</sup>, womit sein Abhängigkeitsverhältnis vom Bischof stärker betont wird; am 3. November 1272 aber heißt er »officialis curie Sedunensis«<sup>64)</sup>.

Sowohl Nanco als auch Raymundus hatten beide ein Kanonikat inne. Ob das auch für Cuno, den nächsten bekannten Offizial (1278)<sup>65)</sup>, der Fall war, ist nicht bekannt. Sein Nachfolger Julianus Musardi, der das Amt des Offizials von 1278 bis 1282 bekleidete<sup>66)</sup>, aber hatte ebenfalls ein Kanonikat inne, ebenfalls die meisten der folgenden Offiziale. Das ist auch ein Hinweis darauf, daß das Amt des Offizials in hohem Ansehen stand. Die Bildung des Offizials Raymundus kommt im Magistertitel zum Ausdruck.

Das Landrecht Bischof Walters II. von 1475, das bestehendes Gewohnheitsrecht und neues Recht vereinigt<sup>67)</sup>, umschreibt die Stellung des Offizials wie folgt: Der Offizial von Sitten ist nach dem Generalvikar der zweite Gerichtsbeamte, und wie der Generalvikar hat er über die einzelnen Fälle, sowohl geist-

<sup>61)</sup> Auch in Köln führte der erste Offizial noch sein persönliches Siegel (*F. Gescher*, Das Offizialat der Erzbischöfe von Köln im 13. Jahrhundert, *Annalen des Hist. Vereins für den N.-Rhein* 115 (1929), S. 144).

<sup>62)</sup> *Gottlob*, a. a. O., S. 139.

<sup>63)</sup> Gr. II, Nr. 781.

<sup>64)</sup> Gr. II, Nr. 797; vgl. auch Nr. 805. Es handelt sich in den Urkunden Nr. 781, 797 und 805 um eine bloße Erwähnung des Offizials als Zeuge.

<sup>65)</sup> *Archiv Valeria, Sitten*, Reg. Mart. de Seduno, fol. 18.

<sup>66)</sup> Gr. II, Nrn. 869, 890, 915; III, Nr. 2177.

<sup>67)</sup> *Liebeskind*, a. a. O., S. 8.

liche als auch weltliche, zu erkennen, soweit sie nicht dem Generalvikar reserviert sind. In rein kirchlichen Sachen hat er nach den Grundsätzen des kanonischen Rechts zu richten, in weltlichen nach ungeschriebenem Gewohnheitsrecht und geschriebenem Recht der Landschaft Wallis<sup>68</sup>).

Dieses Landrecht dehnt also die Zuständigkeit des Offiziats auch auf nicht-kirchliche Fälle aus, während 1435 in der Landes- und Gerichtsverfassung zwischen Bischof und Landleuten von Wallis vereinbart wurde, daß der Offizial nur in *causis spiritualibus* richten dürfe<sup>69</sup>). Es mußte ja gerade das Bestreben des starken Bischofs Walter II. auf der Flüe sein, die geistliche Gerichtsbarkeit zu stärken, nicht nur aus ideellen Gründen, welche die Bischöfe die Ueberlegenheit ihres Gerichtes über das weltliche als eine von Gott gewollte Einrichtung empfinden ließen, sondern auch aus materiellen Gründen; denn das Offizialat bildete eine beachtliche Einnahmequelle, besonders auch wegen dem damit verbundenen Siegelamt<sup>70</sup>). Daß sich aus diesen Gründen die Interessen des Bischofs und der weltlichen Gerichtsherren manchmal kreuzten, ist verständlich. - 8000)

Von der Bedeutung des Offizialats zeugt, daß 1352 in Sitten ein »domus officialatus« erscheint, wonach also das Offizialat in einem eigenen Gebäude untergebracht war<sup>71</sup>).

Die genannte Vereinbarung von 1435 verpflichtet den Offizial, in Sitten zu residieren und Recht zu sprechen, »prout ab antiquo consuetum est«, wie das also alter Brauch ist. Auch ein Weistum über Walliser Gewohnheitsrecht aus der ersten Hälfte des 15.

<sup>68</sup>) Teil I, Art. 10 (ed. *Liebeskind*, S. 22).

<sup>69</sup>) *Heusler*, a. a. O. Nr. 16.

<sup>70</sup>) Vgl. die Gebührentarife im Landrecht von 1475 (ed. *Liebeskind*, S. 45 ff.). Vgl. auch *F. Michel*, Zur Geschichte der geistlichen Gerichtsbarkeit und Verwaltung der Trierer Erzbischöfe im Mittelalter, Trier 1953, S. 69.

<sup>71</sup>) Gr. V, Nr. 1993.

Jahrhunderts und das Landrecht von 1446 (Art. 40) enthalten gleiche Bestimmungen<sup>72)</sup>.

Schon früh pflegte der Offizial zu seiner Entlastung nach dem Muster der *iurisdictio delegata* des päpstlichen Dekretalenrechts<sup>73)</sup> Streitsachen geeigneten Geistlichen zur Untersuchung oder auch zur Entscheidung zu übergeben. Diese Stellvertreter hießen *vices gerentes*<sup>74)</sup>. In solcher Eigenschaft erscheint z. B. im Jahre 1293 der junge Kleriker Wilhelm von St. Maurice<sup>75)</sup> oder 1342 der Kleriker Peter von Bex<sup>76)</sup>. Wenn der Offizial von sich aus andere für die Führung eines Prozesses bevollmächtigen kann, beweist das, daß er mit ordentlicher Gewalt ausgestattet ist. Im 14. Jahrhundert nennen sich die Stellvertreter meist *commissarii*<sup>77)</sup>.

In der späteren Statutargesetzgebung der Landschaft machte sich immer mehr die Tendenz bemerkbar, Stellvertreter oder delegierte Richter auszuschalten. In Bezug auf den Offizial kam das auch im Landrecht Kardinal Schiners zum Ausdruck, wo ausdrücklich bestimmt wird, daß der Offizial keinen Stellvertreten delegieren darf<sup>78)</sup>.

<sup>72)</sup> Heusler, a. a. O., Nrn. 17 u. 18.

<sup>73)</sup> Gr. IV, Nrn. 1886, 1897, 1978, 1986, 2057, 2098, 2162; VII, Nr. 2682. 1351 ernennt Papst Clemens bei einem Appell des Kapitels gegen den Bischof nach Rom den Abt des Klosters Thola in der Diözese Lausanne als delegierten Richter (*Archiv Valeria, Sitten*, Tir. 1, Nr. 200). Am 8. November 1329 ist der Prior Joh. Humbert von St. Ours in Aosta »iudex in spiritualibus et temporalibus« in den Diözesen Sitten, Genf und Lausanne (a. a. O., Tir. 25, Nr. 5), 1349 »iudex in temporalibus« in den gleichen Diözesen (a. a. O., Tir. 37, Nr. 4).

<sup>74)</sup> Vgl. Fournier, *Les officialités*, S. 10 u. 25.

<sup>75)</sup> Gr. II, Nr. 1039.

<sup>76)</sup> Vom Offizial delegierter Richter in einem Streit zwischen dem Kapitel von Sitten und den Herren von Isérable und Châtillon wegen eines Legates von jährlich 40 Schilling an die Kirche von Sitten durch Rudolf und Peter von Châtillon (*Archiv Valeria, Sitten*, Tir. 9, Nr. 1).

<sup>77)</sup> Z. B. Gr. IV, Nr. 1828: »Petrus de Bacio clericus, commissarius in hac parte a dno officiali curie Sedun. specialiter deputatus« (1343).

<sup>78)</sup> Art. 48 (ed. Heusler, Nr. 33).

Vor den Offizial wurden nicht nur Klagen von Geistlichen gegen Geistliche<sup>79)</sup> und von Laien gegen Geistliche, bezw. ein kirchliches Institut oder umgekehrt getragen<sup>80)</sup>, sondern ebenso Laie gegen Laie klagte vor dem Offizial in rein zivilrechtlichen Angelegenheiten<sup>81)</sup>. Vor allem wurden auch ehedüterrechtliche Klagen vor den Offizial gebracht<sup>82)</sup>.

Der Offizial war zuständig zur Vollstreckung des Urteils. Dabei standen ihm freilich als Zwangsmittel nur geistliche Strafen (Zensuren) zur Verfügung: Exkommunikation, Interdikt und Suspension<sup>83)</sup>. Die Ausführung des Urteils wurde auch der weltlichen Gewalt überlassen<sup>84)</sup>.

Der Offizial erscheint ferner als Inhaber der freiwilligen Gerichtsbarkeit. So war das Offizialat Besiegelungs- und Beurkundungsstelle, und zwar indem das Offizialatssiegel an die Urkunde gehängt wur-

<sup>79)</sup> Gr. IV, Nrn. 1679, 1824, 1833.

<sup>80)</sup> Gr. IV, Nr. 1828.

<sup>81)</sup> Gr. IV, Nr. 1933, VII, Nr. 2621. Vgl. dazu für Konstanz: *Gottlob*, a. a. O.; für Basel: *Ders.* in Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, kan. Abt. 38 (1952), S. 125, 130, — 1480 Austrag einer Streitigkeit wegen Zinsen und Steuern zwischen zwei Junkern vor dem Offizial von Sitten (*Bischöfl. Archiv, Sitten*, Lade 214, Nr. 1).

<sup>82)</sup> So klagte Perrola, die Gattin des Johannod Hermen, vor dem Offizial zu Sitten, daß ihr Gatte das eingebrachte Frauengut nicht richtig verwalte, weshalb die Klägerin das Gut vom Manne herausverlangt. Der Offizial hieß am 19. Dezember 1345 die Klage gut. (Gr. IV, Nr. 1900.) — Einen anderen Fall von 1303—1310 bei Gr. III, Nr. 1198.

<sup>83)</sup> Der Offizial exkommuniziert 1345 den Kontumax Peter von Châtelard (*Archiv Valeria*, Tir. 38, Nr. 11). 1559 exkommuniziert der Offizial die Pfarrleute von Ayent, die ihre Pflichten gegenüber dem dortigen Priorat nicht erfüllten (*Archiv Valeria*, Tir. 38, Nr. 8). — Vgl. auch die Publikation einer Exkommunikation durch den Offizial von Sitten 1352 bei Gr. V, Nr. 1989.

<sup>84)</sup> Gr. IV, Nr. 1933: Der Edle Willencus de Genevrines, gerens vices in temporalibus in domino Sedunensis, setzt 1348 einen Gläubiger in den Besitz des Hauses seines Schuldners, das ihm durch den Offizial von Sitten zugesprochen worden war.

de<sup>85</sup>), die unter den Parteien selber, ohne das Zutun des Offizials, zustande kam, oder indem die Urkunde durch den Offizial selber ausgefertigt wurde<sup>86</sup>). Auf Einzelfälle und die Tätigkeit des Offizials beim Abschluß von Rechtsgeschäften, besonders zur Sicherung der Eigentums- und Schuldverhältnisse und bei Verfügungen von Todes wegen, hoffen wir, in einer späteren Arbeit eintreten zu können<sup>87</sup>).

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß der Offizial von Sitten selten Verwaltungsaufgaben erfüllte; diese fielen dem Generalvikar zu. Damit bestätigt sich auch für Sitten, was Fournier für Frankreich<sup>88</sup>), Gottlob für Konstanz und Basel<sup>89</sup>) und Gescher für Köln<sup>90</sup>) gezeigt haben, daß nämlich Verwaltungsaufgaben nicht in den Geschäftsbereich des Offizials gehörten.

<sup>85</sup>) Z. B. 1300 bei einem Schiedsspruch des Pfarrers von Bex, Nikolaus, und zwei Schiedsrichtern in einem Streit zwischen dem Sittener Kapitel und dem Junker Aimo von Montjoyet, dessen Frau und Sohn wegen einem testamentarischen Legat an das Kapitel: »Ad maiorem autem omnium premisorum roboris firmitatem nos officialis curie Sedun(ensis), in cuius presencia facta et pronunciata fuerunt omnia supradicta, sigillum dicte curie nostre presentibus litteris duximus apponendum« (*E. Usteri*, Westschweizer Schiedsurkunden bis zum Jahre 1300, Zürich 1955, Nr. 267). — 1309: »Nycholaus curatus de Bez, officialis curie Sedunensis, qui auctoritatem suam prestitit huic venditioni« (*Stelling-Michaud*, L'université de Bologne, S. 206).

<sup>86</sup>) Gr. VII, Nr. 2714 (1422).

<sup>87</sup>) Ueber die Befugnis des Offizials, Vormünder und Beistände zu ernennen, vgl. *R. de Werra*, Die Vormundschaft über Unmündige nach dem Rechte der alten Landschaft Wallis, BWG XI (1953), S. 293. Dazu auch *Fournier*, Les officialités, S. 21.

<sup>88</sup>) *E. Fournier*, L'origine de la curie diocésaine, Paris 1940, S. 152.

<sup>89</sup>) *Gottlob*, a. a. O., Zeitschr. f. Schweizer. Kirchengesch. XLII (1948), S. 288; Ders. a. a. O., Zeitschrift d. Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt., XXXVIII (1952), S. 150 ff.

<sup>90</sup>) *F. Gescher*, Das Offizialat der Erzbischöfe von Köln im 13. Jahrhundert, Annalen des Hist. Vereins für den Niederrhein 115 (1929), S. 133 ff.

Sie fielen vor allem dem Generalvikar zu, dessen richterliche Stellung wir im folgenden behandeln und der im Rang über dem Offizial stand, obwohl 1340 der Dekan von Sitten und der bischöfliche Generalvikar ein Dekret »sub sigillo curie officialis Sedun.« erließen<sup>91)</sup>. Es kam allerdings in Sitten auch vor, daß die Aemter des Generalvikars und Offizials wie in Konstanz oder Basel<sup>92)</sup> in Personalunion verbunden waren, wie zum Beispiel im Jahre 1345<sup>93)</sup>. Auch hatte ein und dieselbe Person bald das Amt des Generalvikars, bald das des Offizials inne<sup>94)</sup>.

#### IV.

Als erster *Generalvikar* von Sitten erscheint am 1. März 1291 Guillelmus de Stipulis, vor den ein Streit des Bischofs Bonifaz von Challant und des Seneschals Wilhelm von Sitten getragen wurde<sup>95)</sup>. Die gerichtlichen Befugnisse des Generalvikars in den nächsten Jahrzehnten scheinen unbedeutend gewesen zu sein.

<sup>91)</sup> Gr. IV, Nr. 1725. Vgl. über den Generalvikar die Literatur bei *Feine*, a. a. O., I, S. 330.

<sup>92)</sup> *Gottlob*, a. a. O., S. 290; Ders., a. a. O., Zeitschrift d. Savigny-Stiftung für Rechtsgesch., S. 153.

<sup>93)</sup> Nos officialis curie Sedun., vicarius generalis dni Guichardi episcopi Sedun. (Gr. IV, Nr. 1878.)

<sup>94)</sup> Jakob von Billens war 1329/30 Offizial, 1333 Generalvikar; Jakob Nonnet 1307 Offizial und 1326 Generalvikar; Dionysius de Thora 1339—1348 Offizial und 1341 Generalvikar; Peter von Bex 1338 Offizial und 1365 Generalvikar; Peter Fabri 1366 Offizial und 1365 Generalvikar; Peter de Bona 1395 Offizial und 1395 Generalvikar; Jakob Barthelmy 1445 Offizial und 1447 Generalvikar; Peter Cocharde 1438 Offizial und 1454 Generalvikar; Claudius Brunner 1472 Offizial und 1460 Generalvikar; Martin de Gostonis 1471 Offizial und 1471 Generalvikar; Johannes Mantz 1485 Offizial und 1488 Generalvikar; Johannes Grand 1501 Offizial und 1500 Generalvikar.

<sup>95)</sup> Gr. II, Nr. 1014.

1333 ernennt Bischof Aimo zwei Generalvikare und verleiht ihnen »plenam et liberam potestatem exercendi omne officium tam in temporalibus quam in spiritualibus quod vicarii generales et speciales exercere possunt et debent«<sup>96</sup>). Aimos Nachfolger, Philipp von Chamberlhac, verlieh den Generalvikaren, die er 1340 ernannte, eine umfassende gerichtsherrliche Gewalt, die vor allem das Recht der Instruktion und Aburteilung der Straffälle vorsah, soweit sie nicht direkt an den Bischof gezogen wurden; dabei durften die Generalvikare bei der Strafausfällung nicht auf Pfründenentziehung erkennen<sup>97</sup>). Diese Kompetenzen decken sich mit jenen, welche die Landsatzungen der sieben Zenden des Wallis 1496 den Generalvikaren einräumten<sup>98</sup>).

Im übrigen aber erscheinen die Generalvikare, die meist aus der Reihe der Domkapitulare bestellt wurden, im 14. und 15. Jahrhundert häufiger in der Verwaltung als in der Justiz.

Nach dem Landrecht Bischof Walters II. von 1475 liegt in der Zuständigkeit des Generalvikars die Aburteilung von causae maiores, vor allem von Ehefällen und Benefizialsachen, und überhaupt aller Fälle, die in der Gewalt des Bischofs liegen (sic quod in summa vicarius Episcopi quantum ad jurisdictionem et administracionem justicie eam habet potestatem judicandi et justiciam ministrandi quam Episcopus tam in spiritualibus quam in temporalibus)<sup>99</sup>).

Ehefälle gelangten aber in der Folgezeit gleichwohl vor den Offizial<sup>100</sup>), obwohl in der Regel solche Fälle seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts

<sup>96</sup>) Gr. IV, Nr. 1649.

<sup>97</sup>) Gr. IV, Nr. 1793.

<sup>98</sup>) Heusler, a. a. O., Nr. 21.

<sup>99</sup>) Teil I, Art. 9 (ed. Liebeskind, S. 21).

<sup>100</sup>) *Archiv Valeria, Sitten*, Min. 205, p. 245 ff. Vgl. auch L. Carlen, Das kirchliche Eherecht in der Diözese Sitten, *Zeitschr. f. Schweiz. Kirchengeschichte* XLIX (1955), S. 21 f.



und im 16. Jahrhundert vor dem Bischof selber ausgetragen wurden<sup>101</sup>).

## V.

Neben Offizial und Generalvikar oder an ihrer Stelle tritt in der Diözese Sitten noch ein weiterer Richter auf: der *gemeine Landrichter* (*iudex generalis terrae Vallesii*). Das Amt scheint im 14. Jahrhundert entstanden zu sein und war vermutlich anfänglich mit dem des Offizials identisch. Noch Rudolf de Pestella wird 1355 als Offizial des Bischofs von Sitten und *iudex generalis terrae Vallesii* bezeichnet<sup>102</sup>). Bereits 1338 aber heißt Perrodus Fabri iurisperitus »iudex generalis«<sup>103</sup>). 1373 nennt sich Bartholomäus de Bartholom, lic. iur., »iudex generalis terre episcopatus Vallesii pro rev. episcop. Sed.«<sup>104</sup>) und der Domherr Wilhelm Guidonis, Cantor, stellt 1390 als *iudex generalis* für einen Vormund einen Vogtbrief aus<sup>105</sup>). Dr. iur. Johannes Manz ist 1494 zugleich Offizial und *iudex generalis*<sup>106</sup>).

<sup>101</sup>) *Pfarrarchiv Biel*, G 2; *Bischöfliches Archiv Sitten*, Lade 204, Nr. 4; *Staatsarchiv Sitten*, I/5; *Pfarrarchiv Naters*, F 25; *Stockalperarchiv Brig*, I 191; *Carlen*, a. a. O., S. 10, 14, 21, 22. Dagegen löst 1514 der Generalvikar eine Verlobung (*Archiv Valeria*, Min. 165, p. 123 ss.). — In einem Urteilsspruch von 1568, der die Nichtigkeit einer Ehe wegen Konsensmangel und Klandestinität ausspricht, erscheinen als Richter neben dem Bischof von Sitten der Offizial von Sitten und von Aosta (*Archiv Valeria*, Tir. 25, Nr. 3).

<sup>102</sup>) *Archiv Valeria*, Nr. 2455. Vgl. dazu A. Ströbele, Beiträge zur Verfassungsgeschichte des Bistums Chur bis zum XV. Jahrhundert, *Jahrb. f. Schweiz. Gesch.* 30 (1905), S. 95 f. — Jakob de Cresco heißt 1423/24 Offizial der Kurie von Sitten und *iudex generalis terrae Vallesii* (Gr. VII, Nrn. 2734, 2747).

<sup>103</sup>) Gr. IV, Nr. 1719.

<sup>104</sup>) Gr. V, Nr. 2154, 2197.

<sup>105</sup>) Gr. VI, Nr. 2413, vgl. auch Nr. 2415.

<sup>106</sup>) *Archiv Valeria*, Tir. 25, Nr. 8.

Es erscheint aber auch in Sitten, wie in anderen Diözesen<sup>107</sup>), ein Beamter, der nur die allgemeine Bezeichnung »Iudex« trägt<sup>108</sup>), der aber in Sitten vermutlich mit dem Offizial identisch war.

Im Landrecht Bischof Walters II. Auf der Flüe 1475 ist das Amt des gemeinen Landrichters eine feste Einrichtung, während es in den späteren Landrechten von 1511 und 1571 nicht mehr erwähnt wird. Das Landrecht von 1475 drückt sich über die Stellung des gemeinen Landrichters wie folgt aus: »Iudex generalis terrae Vallesii est iudex secularis et dicitur iudex generalis non quod iudicet generaliter de omnibus causis, sed dicitur generalis id est communis et competens iudex omnibus spritualibus et secularibus«<sup>109</sup>).

Eine 1525 entstandene Walliser Prozeßordnung, die aus dem Anliegen hervorgegangen ist, der herrschenden Rechtsunsicherheit Einhalt zu gebieten, fordert, daß der Bischof, »wie der alt pruch wisdt« im Einverständnis mit der Landschaft einen weisen Ehrenmann zum gemeinen Landrichter ernennen soll. Dieser soll im Prozeß zwischen geistlichen und weltlichen Personen als Richter amten<sup>110</sup>).

Der Abschied des Maienlandrats von 1579, der gleich wie die Wahlkapitulation von 1565<sup>111</sup>) an den Bischof die gleiche Forderung stellt, begründet das, indem er ausführt, daß es öfters in der Landschaft Wallis Prozesse gebe, »darüber man keyn bequemen noch füglichlichen richter nit hat, vor welchen solcher span one argwon möge vollzogen werden« und es

<sup>107</sup>) Ströbele, a. a. O., S. 95 f.; O. Riedner, Das Speyerer Offizialatsgericht im 13. Jahrhundert, Mitt. d. Hist. Vereins der Pfalz, H. 29/30, Speyer 1907, S. 23; A. Schulte, Einleitung zum Straßburger Urkundenbuch III, XVIII u. XXVII; Gottlob, a. a. O., in ZSKG XLII (1948), S. 133.

<sup>108</sup>) Archiv Valeria, Nr. 1343 (1357).

<sup>109</sup>) Teil II, Art. 11 (ed. Liebeskind, S. 23). Vgl. auch Gr. VIII, Nr. 2863. J. Graven, Essai sur l'évolution du droit pénal valaisan, Thèse Genève 1927, S. 110.

<sup>110</sup>) Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 28.

<sup>111</sup>) Burger-Archiv Sitten, 204/5, p. 335 ff.

schon lange der Wunsch der Altvordern gewesen sei, einen gemeinen Landrichter zu haben<sup>112)</sup>.

Der Bischof nahm jedoch eine eher zurückhaltende Stellung ein. Auf dem Landrat vom September 1579 willigte er aber doch ein unter der Bedingung, daß der Richter geistlichen Standes sei, da Geistliche nur von einem Geistlichen ins Recht gezogen werden können. Um den Widerstand des Landrats zu brechen, ließ sich der Bischof zur Erklärung herbei, eventuell würde er auch einen weltlichen Richter zulassen, wenn ein geistlicher Richter die Instruktion führe und dann zusammen mit dem weltlichen Richter das Urteil spreche.

1585 ging dann der Landrat selber über das Zögern des Bischofs hinweg und ernannte einen gemeinen Landrichter oder iudicem generalem, um über Fälle, in denen geistliche und weltliche Rechte aufeinander stießen, zu urteilen. Immerhin überließ man dem Offizial die Instruktion der Händel, während der gemeine Landrichter, welches Amt der Landeshauptmann oder sein Statthalter ausüben sollten, zusammen mit dem Offizial den Entscheid fällen sollte<sup>113)</sup>. Dieser Regelung stimmte der Bischof zu, und sie ging in das revidierte Landrecht von 1597 ein<sup>114)</sup>.

## VI.

Es kam auch vor, daß der Bischof für einen bestimmten Fall einen *speziellen Richter delegierte* (*commissarius*).

»Causam audiendam, discernendam et fine debito terminandam, donec ipsam ad nos duxerimus revocandam«, wurde 1322 der bischöfliche Kaplan Anselm durch den Bischof delegiert in einem Streit zwi-

<sup>112)</sup> a. a. O., 204/7, p. 403 ff.

<sup>113)</sup> Heusler, a. a. O., Nr. 209 f.

<sup>114)</sup> B. S. Cropt, Statuta Vallesiae, cum duabus revisionibus, Seduni 1843, Art. 72.

schen Junker Johannes von Eifisch und dem Pfarrer von Eifisch<sup>115</sup>). Gegen diese Delegation erhoben letzterer und das Kapitel von Sitten Einsprache<sup>116</sup>), weshalb der Bischof den Offizial von Lausanne, Wilhelm von Lutry, als Richter berief<sup>117</sup>). Schließlich kam es zwischen den Parteien selber zu einem Kompromiß, indem man sich auf bestimmte Schiedsrichter einigte, die dann auch im Handel ihren Schiedsspruch sprachen. Dieser wurde jedoch vom Kapitel von Sitten beim Metropolit von Tarantaise angefochten, der seinerseits wiederum einen Kommissaren ernannte, wobei es aber schließlich zwischen den Parteien zu einer Vereinbarung kam<sup>118</sup>).

Bischof Peter von Sitten hatte einen Schiedsspruch zwischen Junker Rudolf von Raron und dem Kapitel von Sitten ausgefällt. Da Rudolf dem Entscheid nicht nachlebte, wurde er 1276 vor den Bischof zitiert, der zur Vollstreckung des Urteils einen besonderen »Nuntius« bestimmte<sup>119</sup>). — Im Streit des Kapitels von Sitten mit dem Kleriker Johannes Carbo von Hérémente wegen Verletzung der Kanzleirechte des Kapitels 1357/58 wurde ein Abt aus der Diözese Lausanne als Richter delegiert<sup>119a</sup>).

## VII.

Die Beiziehung eines *Gerichtsnotars* war seit dem 4. Laterankonzil zwingende Vorschrift. Deshalb treffen wir auch fast in jeder Urkunde über kirchliche Gerichtsbarkeit im Wallis den Notar; umso mehr, da das Notariat im Wallis schon früh ausgebildet wur-

<sup>115</sup>) Gr. III, Nr. 1453.

<sup>116</sup>) Gr. III, Nr. 1454.

<sup>117</sup>) Gr. III, Nr. 1458.

<sup>118</sup>) Gr. III, Nrn. 1463, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1477. 1478, 1479, 1490, 1496, 1503, 1531, 1531.

<sup>119</sup>) »propter hoc specialiter deputando« (*Usteri*, a. a. O., Nr. 148).

<sup>119a</sup>) *Archiv Valeria*, Tir. 1, Nr. 152.

de<sup>120</sup>) und besonders durch die bischöfliche Kurie und den Einfluß Savoyens sich entwickelte. Ungeachtet der Kontroversen der Kanonisten, ob der Gerichtsnotar dem Kleriker- oder Laienstand angehören könne, treffen wir in Sitten Kleriker und Laien als Gerichtsnotare<sup>121a</sup>).

Als Siegler amte die *Sigillifer* oder Sigillator. Als solcher erscheint erstmals 1338 Jaquinus de Chchoricus »sigillifer officialie nostre Sedun.«<sup>121</sup>). Er wird aber auch als Sigillifer der Kurie von Sitten bezeichnet<sup>122</sup>). Eine Urkunde von 1388 nennt als seine Aufgabe »litteras clamare et signare«<sup>123</sup>), er hat also die Siegel anzulegen, womit der Akt seinen authentischen Charakter erhält. Daraus ergibt sich auch die Bedeutung des Amtes<sup>124</sup>), zu dem »jurisperiti«, Rechtskundige, berufen wurden<sup>125</sup>).

Zur Instruktion und Urteilsfindung wurden häufig vom Richter ein oder mehrere *Räte oder Beisitzer* (assessores, iurisperiti) beigezogen. Die Einrichtung der assessores gelangte gegen Ende des 12. Jahrhunderts im Bereiche der kirchlichen Gerichtsorganisation zur Ausbildung. Während Bonifaz VIII. anordnete, daß für bestimmte Fälle des Inquisitionsverfahrens assessores beizuziehen seien, bestimmte er anderseits, daß die Richter sonst assessores nur beizie-

<sup>120</sup>) Vgl. *M. Mangisch*, De la situation et de l'organisation du Notariat en Valais sous le régime épiscopal, 999—1798, Thèse Fribourg 1913; *J. de Riedmatten*, Le notaire valaisan, Diss. Bern 1938; *F. Wigger*, Die Anfänge des öffentlichen Notariats in der Westschweiz bis zur Mitte des XIV. Jahrhunderts, Diss. Freiburg i. Ue. 1951; *Stelling-Michaud*, Les étudiants valaisans, a. a. O., S. 62 f.

<sup>121</sup>) Gr. IV, Nr. 1713.

<sup>121a</sup>) Vgl. *Ch. J. Duerr*, The Judicial Notary, Washington 1957 (Canon Law Studies, 312), S. 15 ff., 22 ff.

Diction. de droit canonique, I, Paris 1935, S. 15524 ff.

<sup>122</sup>) Gr. VI, Nr. 2403.

<sup>123</sup>) Gr. VI, Nr. 2403.

<sup>124</sup>) Vgl. *Fournier*, Les officialités, S. 26 f.

<sup>125</sup>) Gr. VII, Nr. 2656.

hen sollten, wenn sie tatsächlich im Einzelfall benötigt wurden<sup>126</sup>).

Die Assessores sind Rechtskundige oder Sachverständige. 1335 ist Magister Franciscus de Cagno »iudex et assessor domini Sedun. episcopi, iuris utriusque peritus«<sup>127</sup>). Magister Wilhelm de Grossa wird 1339 als iurisperitus und iudex des Bischofs bezeichnet<sup>128</sup>), ebenso 1343 Rudolf de Bullo<sup>129</sup>); Notar Mermodus Ottonis de Visona nennt sich 1388 »juratus« am Offizialat von Sitten<sup>130</sup>).

Der Bischof berief später häufig mehrere Laien in sein Gericht. In einem Ehenichtigkeitsprozeß vor Bischof Johann Jordan 1560 sitzen im bischöflichen Gericht neben dem Offizial und zwei Geistlichen der Bannerherr von Sitten und der Vizelandeshauptmann<sup>131</sup>).

Immer aber ist das kirchliche Urteil prinzipiell Spruch eines Mannes<sup>132</sup>). Die Räte oder Beistände haben nur zu beraten, nicht aber das Urteil zu finden.

Der Bischof bestimmte zwei *Fiskale* (procuratores phiscales), einen für den welschen Teil der Diözese, den anderen für den deutschen Teil. Beide mußten in Sitten residieren<sup>133</sup>). Die Landsatzung der sieben Zenden des Wallis von 1496 schloß für sie das Substitutionsrecht aus<sup>134</sup>).

Die Fiskale waren gerichtliche Hilfsorgane, die vom Gericht zu notwendigen Hilfeleistungen herbeigezogen wurden und denen die Wahrung der kirch-

<sup>126</sup>) W. M. Plöchl, Geschichte des Kirchenrechts, II, Wien/München 1955, S. 326.

<sup>127</sup>) Gr. IV, Nr. 1683.

<sup>128</sup>) Gr. IV, Nr. 1741.

<sup>129</sup>) Gr. IV, Nr. 2855.

<sup>130</sup>) Gr. VI, Nr. 2043.

<sup>131</sup>) Archiv Stockalper, Brig, I 191.

<sup>132</sup>) Vgl. N. München, Das kanonische Gerichtsverfahren, I. 1865, S. 66 f.; H. Mitteis, Beaumanoir und die geistliche Gerichtsbarkeit, in: Die Rechtsidee in der Geschichte, Weimar 1957, S. 52.

<sup>133</sup>) Heusler, a. a. O., Nr. 16, Art. 7 u. 9; Liebeskind, a. a. O., S. 79; Gr. VIII, Nr. 2947.

<sup>134</sup>) Heusler, Nr. 21, Art. 1.

lichen Rechte und Interessen aufgetragen wurde. Seinen Ursprung verdankt das Amt lediglich dem Gerichtsgebrauch<sup>135</sup>). Das Amt wurde sowohl von Klerikern als auch von Laien<sup>136</sup>), und unter den Klerikern auch von Domherren<sup>137</sup>) ausgeübt.

Den Parteien standen die Prokuratoren (*procuratores*, *nuntii*) und *Advokaten* (*advocati*, *defensores*) zur Seite<sup>138</sup>). Der im römischen Recht ausgebildete und in die Dekretalengesetzgebung übernommene Gegensatz zwischen der Prokuratur als Prozeßvertretung und der Advokatur als Prozeßbeistand ist auch in der Diözese Sitten feststellbar<sup>139</sup>), wenn häufig auch beide Geschäfte durch die gleiche Person übernommen werden, die im allgemeinen auch das Substitutionsrecht hat<sup>140</sup>). Nach der 68. Grundregel des Liber Sextus konnten die Parteien im Gerichtsverfahren Prokuratoren stellen, sofern das Recht nicht ihre persönliche Tätigkeit forderte, wie in Strafsachen oder wenn Parteieinvernahme oder Parteieneid (*iuramentum de veritate dicenda*) gefordert waren.

Die Statuten Bischof Walters II. (1475) forderten von den Advokaten, daß sie in kirchlichen Gerichtsfällen »probe, fideliter et sine deceptione parcium« die Prozesse führen, für welche Arbeit sie entsprechend honoriert werden<sup>141</sup>). Die Prokuratoren und Advokaten mußten sich über ihre Legitimation durch Vollmacht ausweisen<sup>142</sup>).

1388 erscheint auch ein besonderer *Weibel* am Gerichte des Offizials<sup>143</sup>).

<sup>135</sup>) Vgl. *Fournier*, *Les Officialités*, S. 31.

<sup>136</sup>) Gr. VII, Nr. 2727 (1423 Laie, Notar); VIII, Nr. 2863 (1435 Laie); VII, Nr. 2656.

<sup>137</sup>) Gr. VII, Nr. 2748 (1424).

<sup>138</sup>) Vgl. *Fournier*, *Les Officialités*, S. 32 ff.; *R. Natz*, *Diction. de droit canonique*, I, Paris 1935, S. 1524 ff.

<sup>139</sup>) Gerichtsordnung Bischof Walters II. Supersaxo, Art. 79 (ed. *Liebeskind*, S. 79); Gr. III, Nr. 1458.

<sup>140</sup>) Gr. III, Nr. 1571 (a. 1329).

<sup>141</sup>) Pars II, Art. 6 (ed. *Liebeskind*, S. 44).

<sup>142</sup>) Gr. III, Nr. 1425, 1474, 1475, 1546.

<sup>143</sup>) Gr. VI, Nr. 2403.

## VIII.

Neben diesen festen Einrichtungen der geistlichen Gerichtsbarkeit im Bistum Sitten hatte auch das *Schiedsgericht* eine nicht unbedeutende Stellung. Das Schiedsrecht des römischen Rechts<sup>144)</sup>, das ins Dekretalenrecht übernommen und weiter ausgebildet wurde<sup>145)</sup>, drang durch den Einfluß Savoyens, das durch seine Herrschaft über Piemont unmittelbar mit Italien verbunden war, früh ins Wallis<sup>146)</sup>. Der erste bekannte Schiedsspruch der Westschweiz überhaupt ist der, den Bischof Ludwig von Sitten am 3. April 1158 in einem Streit zwischen der Abtei St. Maurice und Wilhelm von Turn wegen verschiedenen Rechten fällte<sup>147)</sup>. Gemäß dem *privilegium fori* hätte dieser Streit vor das ordentliche geistliche Gericht gehört, wenn er nicht durch Schiedsspruch erledigt worden wäre. Ca. 1179 vermittelte der Erzbischof von Tarantaise in einem Streit zwischen dem Bischof von Sitten und Wilhelm von Turn einen Einigungsvertrag mit Schiedsklausel<sup>148)</sup>. Tatsächlich wurde ein Streit zwischen den Rittern Wilhelm, Peter und Rudolf von Turn und Bischof Landri von Sitten 1220 durch drei Schiedsrichter geistlichen Standes beigelegt<sup>149)</sup>.

Von den ordentlichen geistlichen Richtern erscheinen in der Diözese Sitten als Schiedsrichter der Erzbischof von Tarantaise<sup>150)</sup>, der Bischof von Sitten<sup>151)</sup>,

<sup>144)</sup> Vgl. Dig. 4, 8; Constitutiones II, tit. 56; Nov. 82, Cap. XI.

<sup>145)</sup> Vgl. Decretales Gregors IX., lib. I, tit. 43; Sextus Bonifaz' VIII., lib. I, tit. 22; P. Caspers, Der Güte- und Schiedsgedanke im kirchlichen Zivilgerichtsverfahren, Diss. Mainz 1953; K. S. Bader, Entwicklung und Verbreitung der mittelalterlichen Schiedsidee in Südwestdeutschland und in der Schweiz, Zeitschrift für Schweizer. Recht NF. 54 (1935), S. 116 und dort zitierte Literatur.

<sup>146)</sup> Chevaillier, a. a. O., S. 21 ff.

<sup>147)</sup> Usteri, a. a. O., Nr. 1.

<sup>148)</sup> A. a. O., Nr. 4; vgl. auch Nrn. 24, 80, 103, 126.

<sup>149)</sup> A. a. O., Nr. 21.

<sup>150)</sup> A. a. O., Nr. 80 und 81 (1260).

<sup>151)</sup> A. a. O., Nr. 115 (1270), 141 (1275); Gr. III, Nr. 1555 (1328).



der Dekan von Sitten und von Valeria<sup>152</sup>), der Offizial von Sitten, auf den Bischof Peter von Sitten 1280 in einem Streit mit dem Grafen Philipp von Savoyen sich in einem Schiedskompromiß entschied<sup>153</sup>).

Das Schiedsverfahren vor diesen Sittener Richtern war ein rein zivilprozessuales, und man hielt sich an die Dekretalengesetzgebung, die generell die Abhaltung von Schiedsgerichten in Strafsachen verbot<sup>154</sup>). 1273 werden die Schiedsrichter in der Diözese Sitten erstmals als »arbitratores seu amiables compositores« bezeichnet<sup>155</sup>), eine Benennung, die in den Westschweizer Urkunden erstmals 1257 auftaucht<sup>156</sup>) und dann fest und allgemein wird<sup>157</sup>). Die Urkunden lassen auch die Scheidung des mittelalterlichen Schiedsverfahrens in das Verfahren nach der Minne und in das Verfahren nach dem Recht erkennen<sup>158</sup>).

Auf weitere Einzelheiten des mittelalterlichen Schiedsgerichts in der Diözese Sitten ist hier nicht einzutreten, da wir lediglich auf die Institution des Schiedsgerichtes im Rahmen der kirchlichen Rechtsprechung hinweisen wollten. Dabei ist festzuhalten, daß das Schiedsgericht ein Gericht ist, dem an sich Gerichtsbarkeit und Amtsgewalt fehlt und das seine Befugnis zur Rechtsprechung lediglich aus dem Wil-

<sup>152</sup>) A. a. O., Nr. 21 (1220), 266 (1299).

<sup>153</sup>) A. a. O., Nr. 161 (1280).

<sup>154</sup>) Vgl. zur Schiedsgerichtsbarkeit im mittelalterlichen Wallis auch *Usteri*, a. a. O., Nrn. 54, 69, 217; Gr. III, Nrn. 1159, 1208, 1336, 1380, 1443, 1541; IV, Nrn. 1860, 1867, 1870, 1913, 1932, 1940; V, Nrn. 2107 f., 2135, 2146, 2194, 2197; VII, Nrn. 2572, 2577, 2580 f., 2644, 2653, 2674, 2703, 2737.

<sup>155</sup>) *Usteri*, a. a. O., Nrn. 134, 141.

<sup>156</sup>) A. a. O., Nr. 70.

<sup>157</sup>) Z. B. a. a. O., Nr. 162.

<sup>158</sup>) A. a. O., Nrn. 134, 103, 141, 246. Vgl. dazu *K. S. Bader*, Das Schiedsverfahren in Schwaben vom 12. bis zum ausgehenden 16. Jahrhundert, Diss. Freiburg i. Br. 1929, S. 41; *D. Schäfer*, Consilio vel iudicio = mit minne oder mit rechte, Sitzungsberichte der Kgl. Preuß. Akademie der Wissenschaften, Berlin 1913, 2. Halbbd., S. 719 ff.

len der Parteien ableitet<sup>159</sup>). Das Schiedsgericht ist also nicht ein ordentliches Gericht der Diözese, obwohl viele mittelalterliche Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege erledigt wurden<sup>159a</sup>).

## IX.

Die Auseinandersetzungen zwischen den bischöflichen Landesherren und den Walliser Landsleuten um die weltlichen Gewalten, der Kampf um die Hoheitsrechte in der Landschaft Wallis, warfen ihre Wellen auch auf die geistliche Gerichtsbarkeit, insbesondere da, wo die geistlichen Gerichte über *res mixtae* zu entscheiden hatten und da, wo der Einzug von Bußen oder Vermögen der Verurteilten einträgliche Einnahmen darstellten.

»Die geistliche Gerichtsbarkeit als politische Gefahr« — um einen Ausdruck Ulrich Stutz' zu gebrauchen<sup>160</sup>) — ließ die Landsleute gegen die geistlichen Gerichte einschreiten. Dazu kam, daß man sich gegen die bedenklichen Folgen von Bann und Interdikt

<sup>159</sup>) Zum Begriff des Schiedsgerichtes vgl. *F. J. Keel*, Juristische Terminologie, Zürich 1939, S. 204.

<sup>159a</sup>) In der Schweiz werden für das ausgehende Mittelalter über tausend erhaltene Schiedssprüche gezählt (*E. Usteri*, Das öffentlichrechtliche Schiedsgericht in der Schweizerischen Eidgenossenschaft des 13. bis 15. Jahrhunderts, Zürich 1925, S. 20), in Süddeutschland sind es nicht weniger (*Bader*, a. a. O., S. 30), auf ähnliche Zahlen kommt man im spätmittelalterlichen Südfrankreich (*H. Waser*, Das öffentlich-rechtliche Schiedsgericht im spätmittelalterlichen Südfrankreich, Diss. Zürich 1934, S. 348), und für Italien weist *A. Pertile*, Storia del diritto Italiano, VI<sup>1</sup>, Torino 1900, S. 169, darauf hin, daß die Schiedsgerichte zu bestimmten Zeiten mehr Prozesse erledigten als die ordentlichen Gerichte.

<sup>160</sup>) *U. Stutz*, in Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, germ. Abt. 28 (1907), S. 581.

verwahren wollte. Darum auch im Wallis 1435 und 1446 die landrechtlichen Erlasse gegen Interdikt wegen Schulden<sup>161)</sup>. Da die geistlichen Gerichte als Stützen der Kreditsicherheit gerühmt und daher häufig angerufen wurden<sup>162)</sup>, ist auch hier die Tendenz, die geistliche Gerichtsbarkeit, die die weltliche konkurrenzierte, zurückzudrängen<sup>163)</sup>.

1304 wies der Bischof seine Priester an, alle Monate wenigstens einmal zu verkünden, daß es verboten sei, die kirchliche Rechtsprechung in Fällen zu verhindern, in denen geistliche Richter nach Recht und Gewohnheit zu urteilen pflegen<sup>164)</sup>. Das bischöfliche Verbot läßt schließen, daß die geistliche Gerichtsbarkeit in der Diözese Sitten, wie in anderen Diözesen<sup>165)</sup>, nicht unbekämpft war. Gerade im benachbarten Savoyen wurde dieser Kampf ebenfalls erbittert geführt<sup>166)</sup>, und die engen Beziehungen zu Savoyen dürften auch hier ihren Einfluß ausgeübt haben. Immerhin aber war es wieder der Graf von Savoyen, der 1301 seine Gerichtsbeamten anwies, die geistliche Gerichtsbarkeit von Sitten, insbesondere die von den Dekanen in den Synoden und von den

daher d  
ach

<sup>161)</sup> Heusler, a. a. O., Nr. 16 § 4; Nr. 18 Art. 103. Vgl. dazu auch J. Hashagen, Zur Charakteristik der geistlichen Gerichtsbarkeit im späten Mittelalter, Zeitschr. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, kan. Abt. 37 (1916), S. 208 ff.

<sup>162)</sup> N. Hilling, Die Offiziale der Bischöfe von Halberstadt im Mittelalter, Kirchenrechtl. Abhandlungen 72 (1911), S. 109; Fournier, Les officialités, S. 98; Hashagen, a. a. O., S. 214 ff.

<sup>163)</sup> Heusler, a. a. O., Nr. 21. Vgl. auch P. Fournier, Les conflits de juridiction entre l'église et le pouvoir séculier, Revue des questions historiques 27 (1880); P. Kirn, Der mittelalterliche Staat und das geistliche Gericht, Zeitschr. der Savigny-Stiftung für Rechtsgesch., kan. Abt. 46 (1926).

<sup>164)</sup> Gr. III, Nr. 1194.

<sup>165)</sup> Schürmann, a. a. O., S. 22 ff., Fournier, a. a. O., S. 94.

<sup>166)</sup> Chevaillier, a. a. O., S. 68 f. Vgl. auch L. Prosdocimi, Il diritto ecclesiastico dello stato di Milano dall'inizio della signoria Viscontea al periodo tridentino, Milano 1941, S. 285 ff., 293 ff.

Offizialen ausgeübte Jurisdiktion nicht zu beeinträchtigen<sup>167)</sup>.

Schon 1428 ging der Hexenprozeß im Wallis ganz in die Hände der weltlichen Richter über<sup>168)</sup>. In Leuk behielt sich der Bischof in Hexenprozessen die Jurisdiktion über seine Lehens- und Eigenleute vor<sup>169)</sup>.

Namentlich auch in Ehesachen und verwandten Fällen kam es manchmal zu Kompetenzkonflikten und Eingriffen in die geistliche Jurisdiktion. Kardinal Bernard verurteilte am 30. August 1196 scharf die in der Diözese Sitten eingerissene Uebung, wonach Ehefälle (*matrimoniales causae*) nicht vor dem Bischof oder dem Kapitel zum Austrag kamen (*sicut debent*), sondern von Laien an irgend einem privaten Ort abgeurteilt wurden. Dabei kamen auch Bestechungsfälle vor. Der päpstliche Legat erklärte in seinen Weisungen an Bischof Nantelm von Sitten (1196 bis 1203) ausdrücklich, daß nur der Bischof oder in seiner Abwesenheit das Kapitel Ehefälle zu richten haben<sup>170)</sup>.

Einen scharfen Einbruch in die geistliche Gerichtsbarkeit erlaubte sich der Landrat vom 11. bis 24. Dezember 1617, der trotz dem formellen Protest des Bischofs beschloß: Der Bischof soll in Zukunft

<sup>167)</sup> Gr. III, Nr. 1171.

<sup>168)</sup> *Heusler*, a. a. O., Nr. 15: Vereinbarung über Hexenverfolgung vom 7. Aug. 1428. Der Zenden Raron erließ 1434 ein eigenes Statut über das Verfahren im Hexenprozeß (a. a. O., Nr. 384), die Gemeinde Visp 1430 (Gr. VII, Nr. 2809). Die Hexenprozesse im Wallis waren zahlreich, vgl. darüber: *J. B. Bertrand*, Notes sur les procès d'hérésie et de sorcellerie en Valais, *Annales valaisannes* 5 (1921), S. 152—194; *P. J. Kämpfen*, Hexen und Hexenprozesse im Wallis, Stans 1867; *A. L. Schnidrig*, Hexenprozesse im Wallis, Walliser Nachrichten 1951, Nr. 64; *P. J. Kämpfen*, Zum Hexenkapitel, Walliser Monatsschrift für vaterländische Geschichte 3 (1864), S. 67 ff.; *Graven*, a. a. O., S. 283—300; *P. Am-Herd*, Denkwürdigkeiten von Ulrichen, Bern 1879, S. 115—121. — Schon 1406 spricht der Landeshauptmann ein Urteil in einem Hexenprozeß (Gr. VII, Nr. 2568; vgl. auch Nr. 2791).

<sup>169)</sup> *Heusler*, a. a. O., Nr. 375.

<sup>170)</sup> *J. Gremaud*, Chartes Sédunoises, Lausanne 1863, Nr. 28.

aus eigener Autorität keine Ehe scheiden, noch in Ehesachen, die ähnliche Folgen zeitigen, allein erkennen, sondern mit Rat geistlicher und weltlicher Obrigkeit<sup>171)</sup>. Trotzdem bestimmte Bischof Hildebrand Jost 1626 in seinen Synodalstatuten, daß eine Trennung der Ehe oder Scheidung nach dem Eheband nur möglich ist, wenn der Streitfall vor den Bischof gebracht wird und in rechtmäßigem Verfahren darüber erkannt wird; Dispensationen sollen nur in Notfällen eingeholt werden, und jeder Mißbrauch ist strengstens untersagt<sup>172)</sup>.

Ein einträgliches Geschäft scheint der Einzug der Bußen für Ehebrüche gewesen zu sein. Mit der Zeit versuchten jedoch die weltlichen Lokalgerichte diese Bußen, die durch den bischöflichen Fiskal eingetrieben wurden, selber einzuziehen, was z. B. im 18. Jahrhundert den Meiern von Ganter gelang<sup>173)</sup>.

Wie die geistlichen Gerichte anderer Diözesen<sup>174)</sup> sprachen auch die geistlichen Gerichte von Sitten über Sittlichkeitsvergehen ab<sup>175)</sup>. Wie sich im Laufe der Zeit die Auffassung wandelte, daß die Rechtsprechung über Sittlichkeitsvergehen nicht in die Zuständigkeit der geistlichen, sondern der weltlichen Gerichte falle, zeigt ein Vergleich der einschlägigen Artikel in den Landrechten des Kardinals Schiner (1511) und des Bischofs Hildebrand von Riedmatten (1571). Das Landrecht Schiners begnügt sich in Art. 89 den Satz aufzunehmen: »Stupratio virginum divini, canonici et humani iuris censura valde magnum crimen est«; es regelt dann bloß die Schadenersatzpflicht des Täters, setzt aber auf die Tat keine

<sup>171)</sup> Heusler, a. a. O., Nr. 238.

<sup>172)</sup> Carlen, a. a. O., Zeitschrift für schweizer. Kirchengeschichte XLIX (1955), S. 31.

<sup>173)</sup> D. Imesch / W. Perrig, Zur Geschichte von Ganter, Visp 1943, S. 92 f.

<sup>174)</sup> Vgl. z. B. die Diözesanstatuten von Konstanz 1398/1406 (K. Brehm, Zur Geschichte der Konstanzer Diözesansynoden während des Mittelalters, Diözesanarchiv von Schwaben XXIII (Stuttgart 1905), S. 47, 92).

<sup>175)</sup> Carlen, Kirchl. Eherecht, S. 30.

Strafe, was aus der Auffassung zu erklären ist, daß diese vom geistlichen Gericht auszusprechen sei<sup>176</sup>). Auch ein unveröffentlichter Landrechtsentwurf Bischof Adrians von Riedmatten (1529—1548) kennt für das Delikt noch keine Strafe, sondern sieht bloß neben Schadenersatz eine Genugtuungssumme vor<sup>177</sup>). Im Landrecht von 1571 aber wird für die Tat Strafe an Leib und Gut angedroht, weil man der Ueberzeugung ist, daß das weltliche Gericht nicht nur über die Zivilfrage, sondern auch über die Straffrage abzusprechen habe.

\*

*Zusammenfassend* können folgende erste Ergebnisse festgehalten werden: Die Organisation der geistlichen Gerichtsbarkeit in der Diözese Sitten entspricht im allgemeinen — von lokalen Besonderheiten abgesehen — den in anderen Diözesen feststellbaren Einrichtungen und den Forderungen des kanonischen Rechts.

Die Gerichtsbarkeit wird ausgeübt von Bischof, Generalvikar, Offizial, gemeinem Landrichter und ad hoc ernannten Richtern. Die Gerichte sind verbeistündet von Räten und Beisitzern, Notaren, Sieglern, Sachverständigen, Fiskalen, Weibern, Prokuratoren und Advokaten. Häufig ist neben den ordentlichen Gerichten das Schiedsgericht tätig. Schon für die erste Zeit ihres Erscheinens besteht keine Identität von Offizial und Generalvikar; jenem stand nur die Ausübung von Gerichts- nicht aber, wie diesem, auch von Verwaltungsfunktionen zu.

<sup>176</sup>) Carlen, Das Landrecht des Kardinals Schiner, S. 105.

<sup>177</sup>) *Burger-Archiv Sitten*, Tir. 131, Nr. 23.